

DIE GRÜNE MAMBA

Zeitung von B90/DIE GRÜNEN in München • Nachrichten aus Fraktion und Partei
www.gruene-muenchen-stadtrat.de

NEUAUFLAGE DER KOALITION ...UNTER SCHWIERIGEN BEDINGUNGEN

Zum viertenmal unterzeichneten Anfang Mai Vertreter von SPD, Grünen und rosa liste (zum zweitenmal dabei) einen Bündnisvertrag für gemeinsame Politik in München.

Bei aller Zufriedenheit über komfortablere Mehrheitsverhältnisse sieht sich das rot-grün-rosa Rathausbündnis in einer eher unangenehmen Lage. Unabweisbare Sparzwänge beschneiden die Gestaltungsmöglichkeiten, die nächsten Monate - wenn nicht gar Jahre - im Rathaus werden von ziemlich freudlosen Spardiskussionen dominiert werden. Die Entscheidung, die Zahl der Eingangsklassen an weiterführenden Schulen zu verringern, ist erst der Anfang. Die Verpflichtung zu strikter Haus-



Die neue Stadtratsfraktion, von links: Boris Schwartz, Jutta Koller, Lydia Dietrich, Siegfried Benker, Sabine Krieger, Hep Monatzeder, Sedef Özakin, Jens Mühlhaus, Thomas Niederbühl.

Was drin ist

	Seite
Interview mit Sabine Krieger.....	2
Die neue Fraktion.....	4
Wahlanalyse.....	6
Die Bündnisvereinbarung.....	10
Made by Kinderhand.....	14

haltsdisziplin ist deshalb auch ein wesentlicher Bestandteil der Bündnisvereinbarung - auch wenn sie erst auf Seite 23 des Papiers auftaucht. Abgesehen von der schwierigen Haushaltslage können die Grünen mit der Bündnisvereinbarung zufrieden sein. Die gründliche Vorbereitung der Gespräche hat sich gelohnt. Natürlich

ist es unmöglich, als kleinerer Partner der größten Fraktion seinen Willen aufzuzwingen. Doch es erwies sich als Vorteil, dass die Grünen mit viel konkreteren und detaillierteren Entwürfen in die Verhandlungen gingen als die SPD. Auszüge aus dem Papier sind auf den Seiten 10 -14 dokumentiert.

„WIR MÜSSEN MEHR MITEINANDER REDEN.“

Interview mit der neuen Fraktionsvorsitzenden Sabine Krieger.

Mamba: *Sabine, für die meisten in der Partei kam Deine Wahl zur Fraktionsvorsitzenden überraschend. Für Dich auch?*

Sabine Krieger: „Ja. Noch bis zum Abend vor der Wahl hatte ich mich damit kaum auseinander gesetzt. Denn Voraussetzung für eine Kandidatur war für mich, dass jemand aus der alten Fraktion auf mich zukommt. Und da das bis Sonntagabend nicht geschehen war, bin ich davon ausgegangen, dass die Sache für mich gelaufen ist und entweder Jutta Koller oder Lydia Dietrich gewählt wird. Und das war auch o.k. für mich.“

Mamba: *Und wann hast Du Dich zur Kandidatur entschieden?*

Sabine Krieger: „Sonntagabend vor der Wahl gab es ja das große Essen der Fraktion, da ist Hep auf mich zugekommen. Und dann habe ich mir überlegt: So eine Chance bekomme ich so schnell nicht wieder. Denn jetzt den Vorsitz jemand anders zu überlassen, sich erstmal einzuarbeiten und dann in zwei Jahren anzutreten – das hielt ich für unrealistisch.“

Mamba: *Du hattest ja durchaus starke Konkurrenz - die amtierende Vorsitzende und die Listenführerin – hast Dich aber trotzdem zur Kandidatur entschlossen.*

Sabine Krieger: „Ja, denn erstens hielt ich es für richtig, dass neben einem Fraktionsvorsitzenden, der seine Schwerpunkte in der Sozial- und Menschenrechtspolitik hat, auch jemand im Fraktionsvorstand ist, der seine Wurzeln in der Umweltpolitik hat – und das trifft eben weder auf Jutta noch auf Lydia zu. Und zweitens hat es mich natürlich schon gereizt, in eine Position zu kommen, in der man viele

Informationen erhält, kürzere Drähte auch zu anderen Fraktionen und einfach einen größeren Gestaltungsspielraum hat.“

Mamba: *Wie willst Du diesen gesteigerten Stellenwert der Umweltpolitik denn jetzt umsetzen?*

Sabine Krieger: „Ökologie und der

lichkeit gehen. Aber wie wir das konkret machen, dazu müssen wir uns auf unserer Klausur noch intensiv beraten.“

Mamba: *Frauenpolitisch bist Du auch nicht immer einer Meinung mit Jutta Koller und Lydia Dietrich gewesen. So hast Du im letzten Sommer bei der Diskussion um die Besetzung von Platz 1 der Grünen Liste die Auffassung vertreten, dass der erste Platz nicht automatisch für eine Frau reserviert werden sollte. Hältst Du die Quotierung ganz allgemein für reformbedürftig?*

Sabine Krieger: „In diesem Punkt schon. An der alternierenden Besetzung der Plätze will ich schon festhalten, denn dies ist eine notwendige Erweiterung der Chancen für Frauen. Aber den Platz 1 würde ich öffnen, denn es ist unter dem Gesichtspunkt der Werbewirksamkeit einfach effizienter, Persönlichkeiten mit einem gewissen Bekanntheitsgrad unabhängig von ihrem Geschlecht die Chance zu geben, die Liste anzuführen.“

Mamba: *Es liegt ja im Moment auch ein Antrag vor, der im Kreisverband München die Doppelspitze abschaffen will. Wie siehst Du das?*

Sabine Krieger: „Ich bin dafür, die Doppelspitze beizubehalten. Mir ist nicht klar, worin der Vorteil liegen soll, wenn im Kreisverband München ein politischer Geschäftsführer etabliert wird, aber gleichzeitig die Chancen für Frauen auf in der Öffentlichkeit wahrnehmbare politische Ämter geschmälert werden. Die Trennung von Amt und Mandat dagegen würde ich aufheben.“

Mamba: *Du hast schon einige Jahre Arbeit im Bezirksausschuss Maxvorstadt hinter Dir, wo Du auch stellver-*



„Ob heiß oder kalt - alle paar Tage muss ich einfach raus.“ Sabine Krieger beim regelmäßigen Joggen im Englischen Garten. Sogar einen Marathon hat sie schon erfolgreich überstanden. Foto: Mamba

Gedanke der Nachhaltigkeit sind Querschnittsthemen, die alle anderen Bereiche berühren und betreffen. Dies immer wieder zu transportieren und ins Bewusstsein zu rücken, das ist die Aufgabe der Grünen. Außerdem wünsche ich mir, dass die Fraktion Schwerpunktthemen entwickelt, mit denen wir dann auch verstärkt in die Öffent-

Liebe Leserinnen und Leser,

45 Stimmen bringt die rot-grün-rosa Fraktion im Plenum des Stadtrats auf die Waage – und 45 Stimmen hat Hep Monatzeder, der Kandidat der Grünen, bei der Wahl des 3. Bürgermeisters erhalten: 9 von Grün-rosa, 35 von der SPD und 1 von OB Ude. Alles bestens und in Ordnung also, wenn da nicht ...

Wie wir nämlich aus absolut zuverlässiger Quelle erfahren haben, hat auch eine fraktionslose, für ökologische Belange sehr aufgeschlossene Stadträtin nicht für Hans Podiuk von der CSU gestimmt, der 35 Stimmen erhalten hat (1 war ungültig).

Die CSU hat 30 Mandate – dazu kommen nach aller politischen Logik drei von der FDP und eine von den REP. Dass Hans Podiuk seine 35. Stimme von der PDS erhalten hat, kann man wohl ausschließen.

Bleibt also nur ... ein unschöner, aber plausibler Verdacht: In der SPD-Fraktion ist der Gedanke an eine Große Koalition nicht tot. Er lebt fort in romantischer Verklärung jener goldenen Zeit, als CSU und SPD zusammen die Stadt wieder aufbauten, alle in die Hände spuckten, die Wachstumsraten zweistellig waren, die Schornsteine ungehindert rauchten, Parteizugehörigkeit noch keine Rolle spielte (außer man war in der KPD) und der Frauenanteil im Stadtrat noch viel niedriger war.

Kann man ja auch verstehen - war eine tolle Zeit, und ist halt eine echt große Volkspartei, die SPD, mit vielen und vielfältigen Strömungen. Schade nur, dass manche Strömung sich nicht an die Oberfläche wagt und lieber als Kloake im Untergrund rinnt.

Aber Wahlen sind schließlich geheim, und Stadträte nur ihrem Gewissen verpflichtet. Und wir wollen das Ganze ja auch nicht überbewerten, was ist schon ein Ausreißer?

Trotzdem... zu gerne würden wir doch wissen, wer dieser Ausreißer ist, wer die Gegner sind und wer die Freunde. Wer nicht einmal dazu stehen kann, hat in der Politik eigentlich nichts verloren - Wahlgeheimnis hin oder her.

Markus Viellvoye

tretende Vorsitzende warst. Nun ist die schlechte Zusammenarbeit zwischen der Stadtratsfraktion und den BAs ja ein ständiges Thema bei den Grünen. Wie hast Du dieses Problem wahrgenommen?

Sabine Krieger: "Ich habe das so wahrgenommen, dass in den acht Jahren, in denen ich im BA war, kein einziges mal jemand von der Stadtratsfraktion erschienen ist. Das habe ich zunächst gar nicht für ein Manko gehalten, ich kannte es eben nicht anders. Aber für manche Themen wären Informationen schon hilfreich gewesen. Von mir selbst aus, das gestehe ich zu, bin ich aber auch nicht auf die Stadtratsfraktion zugegangen – da war so eine Barriere: man kennt die Leute nicht, weiß nicht, wie der Laden läuft ... Das wurde erst besser, als das KPF sich verändert hat und die Verbindung zwischen den BAs und der Fraktion gestärkt hat. Aber der Kontakt sollte schon noch besser werden, weil das für viele BAler eine große Hilfe ist."

Mamba: Wie könnte man das denn machen? Sollen die Stadträte sich mehr als bisher bei den BA-Sitzungen blicken lassen?

Sabine Krieger: "Das ist der geringste Faktor. Natürlich werden wir Stadträte uns die BAs aufteilen, damit es klare Zuständigkeiten gibt. Aber die Stadträte müssen auch zu bestimmten Themen zur Verfügung stehen, und da müssen wir die BAler auch ermuntern, sich an die Fraktion zu wenden und Stadträte anzufragen. Wir müssen einfach mehr miteinander reden. Wenn wir im Stadtrat beispielsweise eine Beschlussvorlage haben, die ein längerfristiges oder größeres Problem in einem Stadtviertel betreffen, dann sollten wir uns auch an den zuständigen BA wenden und die Meinung der Grünen vor Ort abfragen. Das könnte per e-mail ja eigentlich ganz problemlos gemacht werden. Aber die BAler müssen auch über das KPF angeregt werden, von sich aus auf die Fraktion zuzugehen."

GRÜNE FÜR VERKNÜPFUNG DES SCHIENENVERKEHRS

Zwei aktuelle Vorschläge sind derzeit in der Diskussion, die den U-Bahn-Verkehr auf S-Bahn- bzw. Bundesbahngleisen ermöglichen wollen:

Zum einen der Vorschlag des VCD und des Bund Naturschutz, in der Verlängerung der U 4/U5 im Westen und Osten Münchens auch S-Bahn-Linien zu befahren und so die Stammstrecke über den U-Bahn-Tunnel zu entlasten. Zum anderen der Vorschlag des MVG, das Fußballstadion in Fröttmaning mit einer bimodalen U-Bahn, dem sog. Stadion-Sprinter, über den DB-Nordring an den Hauptbahnhof anzubinden. Die Grüne Stadtratsfraktion fordert, die Vorschläge der Verkehrsinitiativen seriös zu prüfen.

Stadtrat Boris Schwartz: "Mit einer umsteigefreien Verknüpfung von U- und S-Bahn könnte der Systemfehler des Münchner Nahverkehrsnetzes überwunden werden. Daher sollte man sich bei einer möglichen Verlängerung der U 5 nach Pasing eine solche Verknüpfungsmöglichkeit mit der S-Bahn nicht verbauen und auch längerfristige Effizienzsteigerungen des Gesamt-

schienenverkehrs in die Planungen mit einbeziehen."

Mit einer Stadtratsanfrage reagiert die Grüne Fraktion auf aktuelle Meldungen, der „Stadion-Sprinter“ könne wegen Kapazitätsengpässen auf der Linie der S 1 bei Moosach nicht realisiert werden..

Jens Mühlhaus, verkehrspolitischer Sprecher der Grünen Fraktion: "Die Pressemeldung zu den Kapazitätsengpässen um Moosach vermittelt den Eindruck, dass eine Ergänzung des Schienennahverkehrs in München auf Bahngleisen schier unmöglich ist.

Zukunftsweisende Nahverkehrskonzepte sollten nicht durch ein schnelles "Nein, nicht machbar" im Keim erstickt, sondern vertiefend untersucht werden. Gerade die Stadt-Umland-Verbindung über den DB-Nordring zwischen Moosach und Unterföhring ist nach den bisherigen Studien im Rahmen des Forschungsprojekts Mobinet eine der vielversprechendsten Verbindungen."

WER MACHT WAS?

Die Besetzung der Ausschüsse und einiger anderer wichtiger städtischer Gremien

Lebhaft geht es zu, wenn in einer neuen Fraktion die Ausschüsse verteilt werden. Manches ergibt sich von selbst nach den politischen Schwerpunkten, aber um manches wird auch heftig gerungen. Und nicht jeder Wunsch geht in Erfüllung.



Siegfried Benker

Fraktionsvorsitzender, Kreisverwaltungs- ausschuss, Sozialausschuss, Sozialhilfeaus- ausschuss, Kulturausschuss, Arbeitsgruppe Ob- dachlosigkeit, Beraterkreis Behinderte, Stif- tungsrat Literaturhaus, Aufsichtsrat Mün- chenstift, VHS und Volkstheater.



Sabine Krieger

Fraktionsvorsitzende, Stadtplanungsaus- ausschuss, Finanzausschuss, Schulausschuss, Umweltausschuss, Arbeitskreis „Forum kommunale Schulentwicklung“, Aufsichtsrat Gewofag, GWG, MGS.



Lydia Dietrich

Ausschuss für Arbeit und Wirtschaft, Gesund- heitsausschuss, Kreisverwaltungs ausschuss, Sportausschuss, Gleichstellungskommissi- on, Aufsichtsrat Stadtwerke.



Jutta Koller

Sozialausschuss, Schulausschuss, Kinder- und Jugendhilfeausschuss, Sportausschuss, Verwaltungs- und Personalausschuss, Be- zirksausschuss-Satzungskommission.



Hep Monatzeder

3. Bürgermeister, Vorsitz im Finanzaus- ausschuss, Umweltausschuss, Gesundheits- ausschuss, Kreisverwaltungs ausschuss, Bauausschuss; Aufsichtsrat Gasteig, Deutsches Theater, Volkstheater, Pasing- er Fabrik.



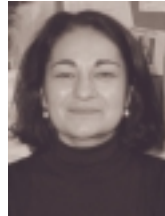
Jens Mühlhaus

Ausschuss für Arbeit und Wirtschaft, Stadtplanungsausschuss, Bauausschuss, Umweltausschuss, Wirtschaftsbeirat, Regionaler Planungsverband.



Thomas Niederbühl

Gesundheitsausschuss, Kulturaus- ausschuss, Verwaltungs- und Personal- ausschuss, Kommission für „Kunst am Bau“, Aufsichtsrat Deutsches Theater.



Sedef Özakin

Sozialausschuss, Bauausschuss, Kinder- und Jugendhilfeausschuss, Kommunal- ausschuss, Mieterbeirat, Aufsichtsrat Pasinger Fabrik und Bundesgartenschau, Stadtgestaltungskommission.



Boris Schwartz

Ausschuss für Arbeit und Wirtschaft, Stadtplanungsausschuss, Finanzaus- ausschuss, Rechnungsprüfungsausschuss, Aufsichtsrat Messe München, Olympiapark, Bauleitkommission, Riembeirat.

Und nochmal, nach Ausschüssen gegliedert:

Arbeit und Wirtschaft:

Jens Mühlhaus, Lydia Dietrich, Boris Schwartz

Bauausschuss:

Jens Mühlhaus, Sedef Özakin

Finanzausschuss:

Boris Schwartz, Sabine Krieger.

Gesundheitsausschuss:

Thomas Niederbühl, Lydia Dietrich

Kinder- und Jugendhilfeausschuss:

Jutta Koller, Sedef Özakin

Kommunalausschuss:

Sabine Krieger, Sedef Özakin

Kreisverwaltungs ausschuss:

Siegfried Benker, Lydia Dietrich

Kulturausschuss:

Thomas Niederbühl, Siegfried Benker.

Planungsausschuss:

Jens Mühlhaus, Sabine Krieger, Boris Schwartz

Rechnungsprüfungsausschuss:

Boris Schwartz

Schulausschuss:

Jutta Koller, Sabine Krieger

Sozialausschuss:

Siegfried Benker, Jutta Koller, Sedef Özakin

Sozialhilfeausschuss:

Siegfried Benker

Sportausschuss:

Lydia Dietrich, Jutta Koller

Umweltausschuss:

Sabine Krieger, Jens Mühlhaus

Verwaltungs- und Personalausschuss:

Thomas Niederbühl, Jutta Koller

UND WAS MACHEN JETZT...

...die Ehemaligen?



Sabine Csampai?

Sie ist mit Mann, der jüngsten Tochter und Hund nach Italien gezogen, wo sie schon seit längerer Zeit eine Dépendance hat. In der Maremma kümmert sich um ihren Garten und vermietet Zimmer.



Helmut Steyrer?

Er wird Geschäftsführer der Münchner Gesellschaft für Stadterneuerung (MGS), ein städtisches Unternehmen, das sich um die Stadtteilsanierung kümmert.



Tassia Fouki?

Sie bleibt der Fraktion als Referentin für Sozial-, Gesundheits-, Migrations- und Frauenpolitik erhalten.



Judith Schmalzl?

Sie hat beim Deutschen Tierhilfswerk eine Stelle als Geschäftsführerin angetreten.

DIE MITARBEITER DER FRAKTION:

Elke Büttner (kamascheu)
Geschäftsführung, Tel.: 233 92 620

Tassia Fouki
(s. oben) Tel.: 233 92 624,
Mail: tassia.fouki@muenchen.de



Sabine Beck
Ökologie, Tel.: 233 92 622,
Mail: sabine.beck@muenchen.de



Alexandra Weiß
Planung und Verkehr, Tel.: 233 92 618,
Mail: alexandra.weiss@muenchen.de



Markus Viellvoye
Öffentlichkeitsarbeit, Tel.: 233 92 620
Mail:
presse@gruene-muenchen-stadtrat.de.

MEHR BÄUME FÜR DIE INNENSTADT

Bäume bereichern die Innenstädte – sie sorgen für frische Luft, tragen zur Flächenentsiegelung bei und erhöhen die Lebensqualität in der Stadt.

Seit 1994 existieren zwei Begrünungsprogramme in München, die mittlerweile eine beachtliche Erfolgsbilanz aufzuweisen haben: Das Flächenentsiegelungsprogramm und das Innenhofbegrünungsprogramm – für beide haben sich die Grünen aktiv eingesetzt. Seit 1994 wurden im Rahmen

dieser beiden Programme in der Innenstadt fast 1000 Bäume neu gepflanzt und über 60.000 m² Fläche entsiegelt. Durch die neu gepflanzten Bäume werden pro Jahr ca. 150 Tonnen CO₂ gebunden.

Die Grünen setzen jetzt eine neue Zielmarke: Bis 2010 soll der aktuelle Baumbestand in der Innenstadt verdoppelt werden. Für die Finanzierung dieses Aktionsprogrammes ist Kreativität gefragt. Beispielsweise könnte man – ähnlich wie auf der Documenta in Kassel – Baumpatenschaften mit künstlerischen Aktionen verbinden.

Kreativität ist auch bei der zweiten Stadtratsinitiative der Grünen gefragt: In Anlehnung an eine ähnliche Aktion im österreichischen Linz soll das Schulreferat ein Baumprojekt ins Leben rufen: Die Daten auffälliger Bäume (Baumart, Umfang, Höhe, Standort etc.) im Umfeld von Schulen oder im eigenen Wohnumfeld der Schüler sollen von den Schülern erfasst und auf eine Internetseite eingespeist werden. So kann jeder nachvollziehen, welche auffälligen Bäume es in seinem Stadtbezirk gibt und um welche Baumart es sich dabei handelt.

Wahlanalyse – was verbirgt sich hinter den 9,6 %?

Allgemeines Aufatmen: 9,6 % – ein Ergebnis, das die Erwartungen der meisten Grünen übertroffen hat. Vor dem Hintergrund von 18 verlorenen Wahlen seit dem Frühjahr 1998 war der Verlust eines oder auch zweier Mandate ja eine durchaus realistische Annahme.

Dass die grün-rosa Fraktion nun in alter Stärke weiter machen kann, ist ein Erfolg, der offenbar auf besondere Münchner Umstände zurück zu führen ist: Auf die eher ruhig und solide arbeitende rot-grüne Koalition, auf die Abwesenheit großer Konflikte in der Stadtpolitik, auf einen sehr beliebten Oberbürgermeister, der sich klar zu rot-grün bekennt und auf die in München außergewöhnlich unattraktive CSU, die zu keiner Zeit personelle oder inhaltliche Alternativen vermitteln konnte.

Doch betrachten wir die „sozialen Tat-

sachen“ – was lässt sich über die Wählerschaft der Grünen sagen? Leider verfügen wir nicht über handfeste Umfrageergebnisse, sondern haben nur Bevölkerungsdaten in einzelnen Stadt- und Stimmbezirken zu den Wahlergebnissen in Bezug setzen können. Die Ergebnisse sind also mit Vorsicht zu interpretieren; Daten über Einkommen und Bildung der Wähler liegen z.B. überhaupt nicht vor.

Ein paar nackte Zahlen

Zunächst muss man feststellen, dass wir in absoluten Zahlen Wähler verloren haben. Hinter den 9,6 % vom 3. März verbergen sich genauer gesagt 9,575 %, 1996 waren es noch 9,640 %. In absoluten Zahlen haben die Grünen diesmal 3.204.157 Stimmen erreicht – das ist das ein leichtes Minus von 14.052 Stimmen (Wie viele Wähler das sind, ist auf Grund des hohen Anteils panaschierter Stimmen für die Grünen kaum auszurechnen). Die erneut leicht

gesunkene Wahlbeteiligung hat dieses absolute Minus aber abgefedert. Die Listenverbindung mit der rosa Liste hat nichts eingebracht: Die rosa Reststimmen waren nicht entscheidend für das achte Mandat der Grünen – das hätten wir auch alleine geschafft.

Wo sind die Grünen stark?

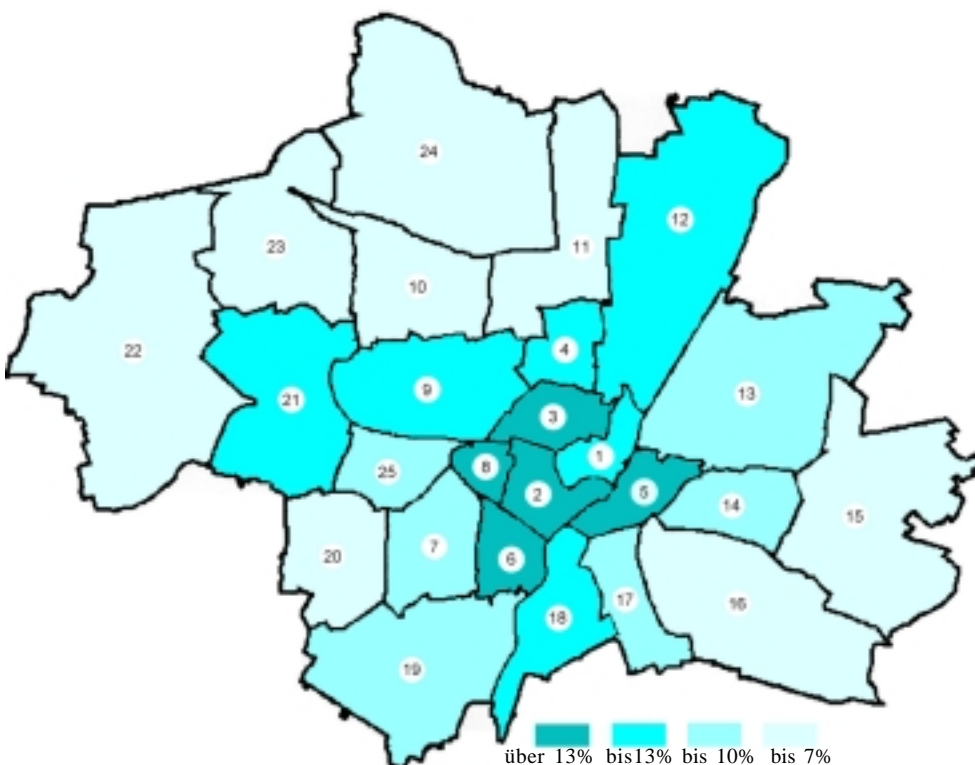
Wie schon von vielen Wahlen bekannt, liegen unsere Hochburgen in den innerstädtischen, hoch verdichteten urbanen Bezirken, nach außen nimmt der Stimmenanteil der Grünen ab.

Betrachtet man die einzelnen Stadtteile, so ergibt sich eine erstaunlich genaue Übereinstimmung hoher Bevölkerungsdichte mit hohen Grünen Stimmenanteilen.

So ist beispielsweise der Stadtbezirk 2 mit dem besten Grünen Ergebnis von 18,8 % der Bezirk mit der vierthöchsten Bevölkerungsdichte (101 Einwohner je ha), Au-Haidhausen

mit 17,7 % für die Grünen liegt nach Bevölkerungsdichte an Platz 1 der Statistik (123 Einw./ha) und die Schwanthalerhöhe mit der zweithöchsten Dichte (120 Einw./ha) brachte den Grünen ihr viertbestes Ergebnis. Von unten betrachtet steht Aubing-Lochhausen mit der in München niedrigsten Dichte von nur 11 Einw./ha auch nur an 23. Stelle der Grünen Ergebnisliste, und Feldmoching-Hasenberg, mit 5 % schwächster Grüner Stadtbezirk, weist die drittniedrigste Einwohnerdichte auf (18 Einw./ha)

Diese Struktur hat sich noch verfestigt, da die Innenstadtbezirke tendenzi-



ell zugelegt haben, während am Stadtrand eher Abstriche gemacht werden mussten.

Hier gibt es allerdings Ausnahmen. Im Westen konnten die Grünen auch in den Außenbezirken zulegen, Pasing und Allach verzeichnen ein Plus, ebenso Untergiesing. Interessant ist, dass in neuen und modernen Wohngebieten am Stadtrand sofort der Grüne Stimmenanteil steigt: Im Stadtbezirk Trudering-Riem bildet der Ortsanteil Neu-Riem einen auffälligen dunkelgrünen Fleck: 15,6 % im Vergleich zu 6,9 % im gesamten Stadtbezirk.

Sag mir - wie hältst Du's mit der Religion?

Seit langem ist aus Wahlanalysen bekannt, dass die Wahlchancen der Grünen in einem Gebiet in reziprokem Verhältnis zur Verbreitung des Katholizismus stehen. Oder anders gesagt: Protestantismus und vor allem Konfessionslosigkeit sind ein besserer Nährboden für hohe Grüne Stimmenanteile (hierin ähneln die Grünen übrigens der PDS). Bestätigen die Münchner Stadtratswahlen dieses Muster?

Tatsächlich weist unser Rekord-Stimmkreis Isarvorstadt von allen Stadtbezirken die niedrigste Katholikendichte auf, nämlich 38,4 %, und gleichzeitig den zweithöchsten Anteil von „Sonstigen“, nämlich 47,6 %. Das liegt natürlich auch am hohen Ausländeranteil, aber leider beschränken sich die verfügbaren Zahlen auf Protestanten, Katholiken, Juden und Sonstige – Moslems sind also nicht eigens erfasst. Folgerichtig ist die Schwanthalerhöhe, der Stadtbezirk mit dem höchsten Ausländeranteil, auch der Bezirk mit dem höchsten Anteil von „Sonstigen“ und vierbester Bezirk für die Grünen. Betrachten wir einen Stadtbezirk mit durchschnittlichem Ausländeranteil und wenig Katholiken: Schwabing-West hat nur gut 20 % Ausländer, wenig Katholiken – aber überdurchschnittliche viele „Sonstige“ und eine der höchsten Protestantenraten der Stadt: Gute Bedingungen für die Grünen, die hier 12,5 % erreichten. Allerdings ist die Verbreitung der protestantischen Konfession an sich offenbar kein Maßstab für die Wahlchancen der Grünen. In Bogenhausen,

dem Bezirk mit dem höchsten Anteil an Protestanten, schnitten die Grünen nur unterdurchschnittlich ab, während die Schwanthalerhöhe den niedrigsten Protestantenanteil aufweist – widersprüchliche Tendenzen also.

Ein Blick auf die fünf Stadtbezirke mit der höchsten Katholikendichte (Aubing, Allach, Trudering, Hadern und Feldmoching) bestätigt jedenfalls das Problem der Grünen mit dem Katholizismus: In keinem dieser Bezirke kamen die Grünen über 7 % hinaus.

Erwidern die Einwanderer die Liebe der Grünen?

Wie wirkt sich ein hoher Ausländeranteil aus? Auf den ersten Blick gut, denn die Schwanthalerhöhe mit ihrem über 40%igen Ausländeranteil hat ja zu 16,4 % Grün gewählt und auch die Grüne Isarvorstadt hat mit 32,2 % Ausländern einen hohen, nämlich den dritthöchsten Ausländeranteil.

Andererseits: In Milbertshofen, mit dem zweithöchsten Ausländeranteil Münchens, haben nur 6,7 % Grün gewählt. Und die Maxvorstadt und Feldmoching-Hasenberg haben den gleichen Ausländeranteil, nämlich 24,9 % - aber die Ergebnisse der Grünen klaffen weit auseinander: 16,5 bzw. 5,0 %. In diesem Ausländeranteil sind jedoch viele enthalten, die kein Wahlrecht haben. Schließlich stellen die Türken die größte Ausländergruppe in München (16,4 % aller Ausländer) und Ex-Jugoslawen die zweitgrößte. Die Frage nach dem Ausländeranteil hat eigentlich nur Sinn, wenn man entweder unterstellt, dass ein hoher Anteil an Ausländern auch einen hohen Anteil an „Neubürgern“ nach sich zieht oder aber bei den dort lebenden Wahlberechtigten ein spezifisches Wahlverhalten nach sich zieht. Doch die erste These ist auf Grund fehlender Daten nicht belegbar, die zweite ist – siehe oben – offensichtlich falsch.

Betrachten wir also besser die EU-Ausländer, die ja bei der Kommunalwahl wählen dürfen. Das oben angeführte Beispiel Maxvorstadt-Feldmoching-Hasenberg stellt sich jetzt etwas anders dar: Die Maxvorstadt hat den vierthöchsten Anteil an EU-Ausländern,

nämlich 11,8 %, während in Feldmoching-Hasenberg nur 7,3 % EU-Ausländer leben. Bedeutet das nun, dass ein hoher EU-Ausländer-Anteil generell ein Vorteil für die Grünen ist? Die Antwort ist nicht so leicht zu geben. Milbertshofen z.B. hat auch einen recht hohen Anteil an EU-Wählern (12 %) und das Grüne Ergebnis war unterdurchschnittlich. Pasing dagegen mit überdurchschnittlichem Grünem Ergebnis hat nur 5,4 % EU-Wähler. Auffällig bleibt aber die relativ hohe Konzentration von EU-Wählern in der Innenstadt, wo auch die grünen Hochburgen liegen.

Mittelalterlich, die Grünen...

Auch Aussagen über das Wahlverhalten der Altersgruppen sind nur mit Einschränkungen möglich, denn wir haben ja nur Daten über die Verteilung der Alterskohorten in den einzelnen Stadtbezirken, aber keine Erkenntnisse aus direkten Befragungen.

Die Schwankungsbreite der Jung- und Erstwähler (18-25jährige) ist zu gering um relevante Aussagen treffen zu können: Sie liegt zwischen 6,2 % in Untergiesing und 9,2 % in Milbertshofen und Schwabing-Freimann. Weder in unseren Hochburgen noch in den für uns schwierigen Stadtbezirken ergeben sich besondere Auffälligkeiten beim Anteil der Jungwähler.

Deutlicher zu erkennen sind Unterschiede bei der Verteilung der über 60jährigen Wähler: Hier liegen die Extremwerte mit 20,0 % in Isarvorstadt und 35,7 % in Feldmoching-Hasenberg doch recht weit auseinander. Und prompt haben wir hier den stärksten und den schwächsten Stadtbezirk der Grünen. Die fünf besten Stadtbezirke der Grünen sind auch die mit den geringsten Anteilen von über 60jährigen Wählern.

Andererseits geht die Gleichung „wenig alte Wähler = viel Grüne Stimmen“ so einfach natürlich nicht auf. Im für die Grünen schwierigen Trudering z.B. gibt es auch nur 27,4 % ältere Wähler, während Untergiesing-Harlaching, mit 10,8 % durchaus erfolgreich für die Grünen, einen deutlich überproportionalen Anteil an über 60jährigen hat.

Wir und die anderen...

Grüne Hochburgen sind – das ist nicht anders zu erwarten – ein schwieriges Pflaster für die CSU – und umgekehrt. Die fünf besten Stadtbezirke der Grünen sind die fünf schwächsten der CSU, und in den fünf stärksten der CSU liegen die Grünen unter 7 %.

Allerdings ist ein schwaches CSU-Resultat keine Garantie für ein gutes Grünen-Ergebnis. In Milbertshofen hat die CSU nur 33,7 %, aber die Grünen bleiben weit unter ihrem Gesamtergebnis – hier hat die SPD mit 46,9 % ihren stärksten Stadtbezirk.

Überhaupt haben die Grünen in den SPD-Hochburgen sehr unterschiedliche Ergebnisse: In den fünf besten Stadtbezirken der SPD liegen die Grünen zwischen 6,1 (Moosach) und 13,3 (Sendling). Wo die Grünen stark sind, ist meist auch die SPD gut. Aber in Isarvorstadt bleibt die SPD deutlich unter ihrem Gesamtergebnis – 18,8 % Grüne, das ist einfach zuviel.

Wahlbeteiligung- bzw. Wahlverweigerung

Niedrige Wahlbeteiligung erhöht die Grünen Aussichten – das ist von je her eine konstantes Ergebnis der Wahlforschung. Die Ursache hierfür liegt in der Tatsache, dass sich von den Grünen Wählern überdurchschnittlich viele als „politisch sehr interessiert“ einstufen und die Frage „Gehen Sie zur Wahl?“ mit „Ja, auf jeden Fall“ beantworten. Steigt also die Anzahl der „Gelegenheitswähler“, verringern sich die Grünen Chancen.

Es ist daher eine plausible Annahme, dass die magere Wahlbeteiligung bei der Kommunalwahl 2002 den Grünen nicht gerade geschadet hat: Die Mobilisierungsprobleme der CSU drücken sich auch in dem Minusrekord von 51 % aus.

Auf den ersten Blick bestätigt die Wahlbeteiligung in den Stadtbezirken diesen Mechanismus: In den Grünen Hochburgen war die Wahlbeteiligung durchwegs unterdurchschnittlich, am niedrigsten auf der Schwanthalerhöhe mit 43,4 %.

Aber auch hier gibt es Ausnahmen – signifikant ist die schwache Wahlbeteiligung in Milbertshofen (44,1 %),

von der die Grünen nicht profitieren konnten und die relativ gute Beteiligung in Pasing (56,4 %), wo die Grünen dennoch um 0,7 auf 10,2 % zugelegt haben. Eine Erklärung dafür steht noch aus.

Einbruch bei den Briefwählern

Wie kam es zum schwachen Abschneiden bei den Briefwählern? Entgegen unseren Erfahrungen bei vergangenen Wahlen haben wir bei den Briefwahlen deutlich schlechter abgeschnitten als bei der Urnenwahl: nur 8,7 % (zum Vergleich: 1996 hatten wir 10,5 % bei den Briefwählern). Das fällt ins Gewicht, denn mittlerweile geben 23 % der Wähler ihre Stimme per Brief ab. Die am nächsten liegende Erklärung ist, dass viele Wähler sich diesmal erst in den letzten Tagen vor der Wahl für die Grünen entschieden haben – dies würde der Effizienz unseres Abschlusswahlkampfes ein gutes Zeugnis ausstellen. Aber wenn immer mehr Wähler schon geraume Zeit vor dem Wahltag ihre Entscheidung treffen, müssen wir unseren Schlusspurt nach vorne verlegen.

Häufeln: Der Beruf muss passen

Dass Hep Monatzeder nach der Wahl den Platz einnehmen würde, der ihm vor der Wahl vom Grünen Frauenstatut verwehrt wurde, war in Hinblick auf seinen alle anderen Grünen weit übertragenden Bekanntheitsgrad zu erwarten gewesen.

Auffällig ist die Gleichmäßigkeit, mit der die Grüne Liste von den Wählerinnen und Wählern fast im ganzen Stadtgebiet verändert wurde. Sedef Özakin, die von den Gewählten den größten Sprung nach vorne gemacht hat, kam in allen Stadtbezirken von Platz 11 mindestens 2 Plätze nach vorne, viel häufiger aber 3 oder 4. In Allach, Schwanthalerhöhe und Haidhausen schaffte sie es sogar bis auf Platz 6, weiter aber nicht.

Auch Sabine Krieger die von Platz 5 auf 3 vorrückte, liegt in allen Stadtbezirken auf diesem Platz, außer in ihrem Heimatbezirk Maxvorstadt, wo

sie Platz 2 schaffte – das seltene Beispiel für die Belohnung kommunalpolitischen Engagements in der Innenstadt, wo die Wähler offenbar weniger auf vor Ort aktive Kandidaten achten. In den Außenbezirken scheint es leichter zu sein, mit fleißiger BA-Arbeit zu punkten: Anke Wittmann erreichte in Hadern Platz 2, Herbert Danner in Trudering Platz 3. Boris Schwartz, der einen Schwerpunkt seiner Stadtratsarbeit auf die Aubinger Belange legte, erreichte dort ebenfalls Platz 2.

Ansonsten gab es in den Stadtbezirken unter den ersten zehn der Grünen Liste keine auffälligen Abweichun-

Grüne: 0,8 % ??

Ein grobes Muster der Wahlergebnisse zeigt eine deutliche Steigerung in unseren innerstädtischen Hochburgen, während wir uns in den Außenbezirken anscheinend immer schwerer tun. Die Schwankungsbreite Grüner Ergebnisse hat sich bei dieser Wahl um einiges erhöht. Es ist kaum zu glauben, wie weit die Ergebnisse der Grünen in einzelnen Stimmbezirken auseinander klaffen:

Der Rekord-Stimmkreis 510 liegt in Haidhausen: 29,7 % - mehr als doppelt so viel wie die CSU dort erhalten hat. Ein derart gutes Ergebnis hat es bei einer Stadtratswahl für Die Grünen bisher noch nicht gegeben - Chapeau! Auch einige andere Stimmkreise in Haidhausen und Isarvorstadt kommen nahe an die 30 %.

Die Kehrseite der Medaille: Der Stimmkreis 2405 im nördlichsten Hasenberg brachte den Grünen ihr schlechtestes Ergebnis – geradezu unglaubliche 0,8 %! Und das bei einer miserablen Wahlbeteiligung von 28,5 %. In der Umgebung gibt es noch mehr Stimmbezirke, wo wir unter 3 % liegen, aber ebenso in Hadern, Perlach, Aubing und Fürstenried.

Selbst innerhalb eines Stadtbezirkes schwanken die Ergebnisse erstaunlich. Ein so heterogener Stadtbezirk wie Solln-Fürstenried weist für die grünen Stimmanteile zwischen 2,9 und 14,3 % auf.

gen. Die Persönlichkeitswerbung einiger Kandidaten in der Innenstadt brachte keine zählbaren Erfolge hervor. „Passende“ Berufsbezeichnungen sind offensichtlich für viele Wähler beim Häufeln immer noch der wichtigste Anhaltspunkt.

Fazit

Bei aller gebotenen Zurückhaltung wegen der nicht gerade üppigen Datengrundlage deutet doch Vieles darauf hin, dass uns bei der Münchner Kommunalwahl die bekannten Muster und Strukturen Grünen Wählerverhaltens getragen haben.

1. Offensichtlich sind die „mittleren Jahrgänge“, aus denen die Partei ja auch hervorgegangen ist, ein besseres Zielpublikum für die Grünen als junge und alte Wähler – auch das ist eine Erkenntnis, die wir schon aus zahlreichen anderen Wahlen ziehen konnten. Eine Jugendpartei sind wir (längst) nicht mehr, und bei den älteren Wählern wird sich unser Anteil mit unserem fortschreitendem Alter erhöhen.
2. In der Münchner Innenstadt hat sich ein soziales Milieu gebildet, das Grüner Politik auf Grund seiner Wert

orientierung sehr nahe steht. Derartige Milieus sind stabil und belastbar – die Wahlentscheidung „pro Grün“ muss nicht jedesmal von neuem getroffen werden, sondern es bedarf im Einzelfall eher eines konkreten Anlasses, um nicht Grün zu wählen.

3. In den weniger verdichteten Räumen am Stadtrand sinken die Chancen der Grünen – auch hier sind bestimmte soziale Milieus mit bestimmten Wertorientierungen Ausschlag gebend für die Wahlentscheidung – nur eben negativ für die Grünen.

4. Neubausiedlungen am Stadtrand, wo sich in maßvoller Verdichtung (in bestem Grünen Sinne) neue und ortsfremde Bevölkerung ansiedelt, sind ein interessantes Feld für den Grünen Wahlkampf.

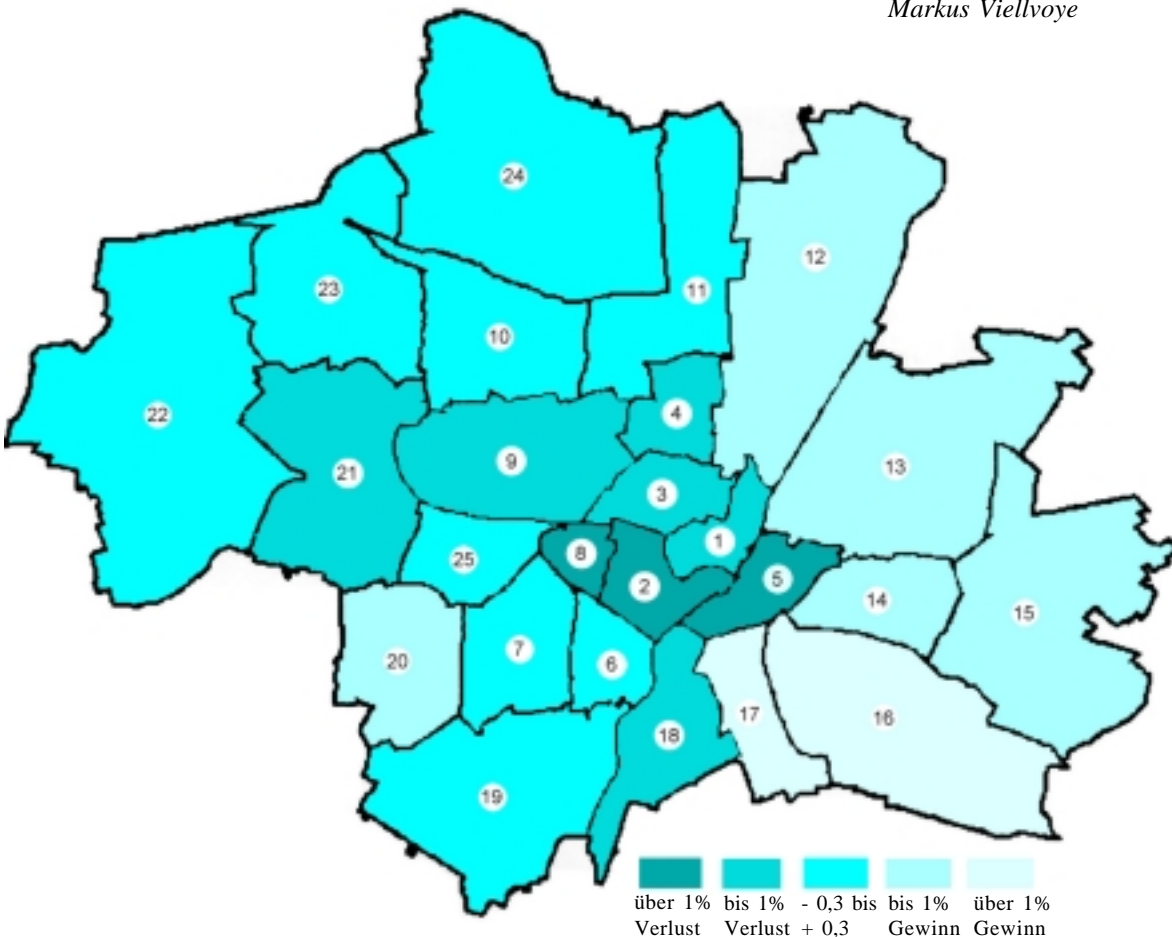
5. In einigen Stimmbezirken am Stadtrand – vor allem im Münchner Norden – sind die Grünen Ergebnisse zum Teil grotesk niedrig (s. Kasten). Dies deutet darauf hin, dass wir unser Wählerpotential in bestimmten, natürlich für uns schwierigen Stimmbezirken nicht annähernd ausschöpfen. Ergebnisse von weniger als 3 % sollten

mit vertretbarem Aufwand zu verbessern sein.

6. Bevor die Demoskopie nicht die wahlberechtigten Einwanderer genauer unter die Lupe genommen hat, werden wir mit der Erkenntnis begnügen müssen, dass Ausländer und Neubürger – EU oder nicht – halt auch differenziert zu betrachten sind und nicht auf Grund ihres nicht deutschen bzw. erst vor kurzem erworbenen Passes einer bestimmten politischen Strömung zuzuordnen sind – obwohl wir uns über eine entsprechende Tendenz natürlich freuen würden.

7. Die Verschiebungen auf der Grünen Liste demonstrieren eindrücklich, wie schwer es ist, sich durch Wahlkampfaktivitäten Bekanntheit zu erwerben – wenn man nicht schon vorher einen gewissen Bekanntheitsgrad hat. Ein Plakat, auf dem ein unbekannter Mensch darauf aufmerksam macht, dass er gewählt werden möchte, ist sinnlos – ja schlimmer: es ist eine Vergeudung knapper Ressourcen. Es würde die Schlagkraft des Grünen Wahlkampfes gewiss erhöhen, wenn sich diese Erkenntnis endlich einmal durchsetzen würde.

Markus Viellvoye



DIE BÜNDNISVEREINBARUNG

Auszüge aus dem Vertrag von SPD, Grünen und rosa liste

Arbeit und Wirtschaft

Angesichts der bundesweiten Arbeitslosigkeit hat die Sicherung und Schaffung von Arbeitsplätzen hohe Priorität. Die Stadt bekennt sich deshalb zu ihrer Aufgabe, ein wirtschaftsfreundliches Klima zu erhalten und gerade angesichts verschärfter Standortkonkurrenz die Wettbewerbsfähigkeit Münchens zu sichern und laufend zu verbessern. Die Stadt wird große Anstrengungen unternehmen, um Betriebe in der Stadt zu halten, ihnen Erweiterungen zu ermöglichen, neue Betriebe anzusiedeln und Existenzgründungen zu erleichtern. Dabei wird ein hohes ökologisches Niveau angestrebt. München setzt in seiner Stadtentwicklung und Wirtschaftsführung auf den Grundgedanken des nachhaltigen Wirtschaftens. (...)

Die Bündnispartner sehen in der Austragung wichtiger Spiele der Fußball-WM in München eine außergewöhnliche Chance für den Standort München zu werben. Auch das Medienzentrum zur Fußball-WM wird den Werbeeinfluss steigern. (...) Wir

werden die Verkehrsanbindung des neuen Fußballstadions mit den zugesagten staatlichen Zuschüssen fristgerecht zur WM 2006 fertigstellen, soweit die Landeshauptstadt dafür zuständig ist. Der vom Stadtrat eingeleitete Bürgerentscheid verbietet aber eine finanzielle Beteiligung der Stadt am Stadionbau und den Parkhäusern. (...)

Gerade wegen der Haushaltskonsolidierung, die zu Einsparungen in verschiedensten Bereichen führen wird, ist eine ständige Kostentransparenz und Kostenkontrolle bei der Errichtung der Infrastruktur des Stadions sowie des Pressezentrens und dessen

verkehrlicher Erschließung unabdingbar. Die Verkehrserschließung muß nach ökologischen Kriterien erfolgen.

Wachstum durch Ökologie

Ökologie zählt zu den wichtigsten Wachstumsbranchen. Ressourcensparende und umweltverträgliche Verfahrensweisen und Produkte sind gezielt zu fördern, ökologische Maßnahmen als Investitionen in die Zukunft zu sehen. (...) Ökologische Auflagen dienen dem Ziel, die Umweltbedingungen im Münchner Raum über die Mindestanforderungen der Bundes- und Landesbedingungen hinaus spürbar zu verbessern. (...)

München wird seine kommunale Daseinsvorsorge, von der Energieversorgung über die Badebetriebe, dem öf-

Jahre ist das im Münchner Stadtrat beschlossene wohnungspolitische Handlungsprogramm „Wohnen in München III“, dessen Finanzierung und Umsetzung durch laufende Zielkontrolle sicherzustellen ist. Die Zielzahlen sind im wesentlichen: Bau von 7.000 Wohnungen pro Jahr, hiervon 1.800 im geförderten Wohnungsbau sowie Schaffung von 150 Wohneinheiten für obdachlose Haushalte. Hierfür wird die Stadt pro Jahr 100 Mio Euro investieren. (...)

Um jüngere Familien, die keine finanziellen Förderungen der öffentlichen Hand in Anspruch nehmen dürfen, in der Stadt zu halten, werden geeignete Siedlungsgebiete für kleinteiligen Wohnungsbau ausgewiesen. (...) Aus heutiger Sicht wären das neben den

noch nicht in Planung befindlichen Kasernenflächen Prinz Eugen und Fürst Wrede das Gebiet in Nymphenburg auf der Bahn-Achse und Freiam. (...)

Wohnungsbaugenossenschaften und besondere Wohnprojekte müssen auch in Zukunft in München bei der Grundstücksver-

gabe angemessen zum Zuge kommen. Für Projekte bzw. Bauträger die *Wohnen ohne eigenes Auto* mit reduzierter Stellplatzzahl realisieren wollen, wird dies ermöglicht.

Sozialpolitik

Der Erhalt der sozialen Grundversorgung ist für die Bündnispartner unabdingbar, um den sozialen Frieden in München zu erhalten und den Armen die aktive Teilhabe am gesellschaftlichen Leben zu ermöglichen. Kinder dürfen kein Armutrisiko sein. Das soziale Leistungsangebot der



Unterzeichnung der Bündnisvereinbarung im Ratskeller

fentlichen Nahverkehr und den Krankenhäusern, von der Stadtentwässerung bis zur Abfallwirtschaft, in kommunaler Hand behalten. (...)

Die kommunale Wasserversorgung darf unter keinen Umständen privatisiert werden. Die Stadt München beobachtet die europäischen und nationalen Entwicklungen in diesem Bereich aufmerksam und bleibt in der politischen Offensive.

Wohnungsbau

Grundlage der Wohnungspolitik der Stadt München für die nächsten sechs

Stadt und der freien Träger befindet sich auf hohem Niveau und ist insgesamt ausgewogen. Wegen der schwierigen Finanzlage muss es selbstverständlich immer wieder auf dem Prüfstand gestellt und modifiziert werden, es darf aber keine massiven Einschnitte geben. Um den Anforderungen gerecht zu werden, setzt das Bündnis auf Umbau der sozialen Infrastruktur, um Mittel für die Erfüllung dringender Aufgaben zu gewinnen. (...)

Kinder- und Familienpolitik wird einer der zentralen Schwerpunkte der nächsten Jahre sein. Familien brauchen mehr Unterstützung und Entlastung in der Alltagsbewältigung. München hat beim Ausbau der Kinderbetreuungseinrichtungen große Anstrengungen unternommen. So gibt es in München zehnmal mehr Krippenplätze pro Einwohner als im restlichen Bayern zusammen. Diese Anstrengungen müssen fortgeführt werden. Vor allem die Angebote für 0-3jährige und für Schulkinder müssen erhöht werden. Beim Ausbau der Kinderbetreuung sowie der Ganztagsbetreuung an den Schulen sehen wir vor allem den Freistaat in der Pflicht. (...)

Die mit den städtischen Vorleistungen ermöglichten Standards der Altenbetreuung müssen erhalten bleiben. Vordringlich ist unter anderem, den weiteren Ausbau der Pflegebörsen vorantreiben, den Ausbau dezentraler kleiner Alteneinrichtungen als Alternative zum Heimaufenthalt zu forcieren, die bisherigen Mittel in Höhe von ca. 5 Mio. Euro für strukturverbessernde Maßnahmen in der Pflege zu erhalten und die Heimaufsicht im Kreisverwaltungsreferat – wie beschlossen – effektiv zu gestalten

Bildung

Die Stadt selbst muss ihre knappen Finanzmittel in starkem Maße auf das Bildungs- und Erziehungsangebot konzentrieren und muss versuchen, Einsparungen im Rahmen der notwendigen Haushaltskonsolidierungen in diesem Bereich wie bisher zu begrenzen.

Angestrebt werden eine kindgerechte Bildungsvermittlung vor allem im Sprachbereich in den Kindertagesstätten, eine bessere Sprachförderung von

Migrantenkindern im Vorschulbereich, eine stärkere Vernetzung von Schule und Stadtviertel und eine weitere Ausweitung der Autonomie von Schulen und Kindertagesstätten im pädagogischen und finanziellen Bereich.

Das Angebot von Ganztagschulen ist über die bisher vom Freistaat diskutierten Größenordnungen hinaus auszubauen. Die pädagogische Nachmittagsbetreuung an den städtischen Realschulen und einigen Gymnasien ist hierfür ein guter Ansatz. Eine Umwandlung von städtischen Schulen in Ganztageschulen mit rhythmisierter Unterrichtsform wird nach Zusage einer angemessenen Bezuschussung durch den Freistaat vollzogen. Für die Umwandlung staatlicher Schulen in Ganztagschulen ist die Stadt zur Sachausstattung bereit. (...)

Im Bereich des beruflichen Schulwesens muss der bundesweit anerkannte Ruf als Ausbildungsort erhalten bleiben. In den kommenden Jahren werden drei weitere neue große Schulzentren realisiert. Das Angebot für junge Münchner Erwachsene, an Schulen des zweiten Bildungsweges zur Hochschulzulassung zu kommen, darf nicht geschmälert werden. Das Schulangebot für Schülerinnen und Schüler von außerhalb der Landeshauptstadt wird weitergeführt, wenn die Kostenerstattung durch die Landkreise gewährleistet ist. (...)

Gesundheit

Kommunale Gesundheitspolitik muss sich an den unterschiedlichen Problemen und Bedürfnissen aus geschlechtsspezifischen, sozialen und kulturellen Gründen orientieren. Die Zugehörigkeit zu einer benachteiligten Bevölkerungsschicht bedingt oft einen schlechteren Gesundheitszustand.

Insbesondere Kinder und Jugendliche aus sozial benachteiligten Familien sind von Gesundheitsproblemen betroffen. Das RGU soll verstärkt seine Ressourcen auf die Bewältigung dieses Problems ausrichten. (...)

Drogen

Die Bündnispartner setzen den Schwerpunkt in der Drogenpolitik auf Hilfe für Drogenabhängige und auf

Hilfe für Drogenabhängige und auf Prävention. Anlaufstellen und Kontaktläden sind dezentral in den Stadtteilen zu ermöglichen. Der Schutz der Bevölkerung vor Kriminalität im Zusammenhang mit Drogenabhängigkeit und Drogenhandel ist zu gewährleisten.

Krankenhäuser

Die städt. Krankenhäuser stehen mit der bevorstehenden Einführung des neuen Entgeltsystems (Fallpauschalen) vor ihrer bisher größten Herausforderung, da damit die von den Krankenkassen bereitgestellten Budgets nicht mehr in bisheriger Höhe gewährt werden. Der Stadtrat muß künftig den Versorgungsauftrag insgesamt und schwerpunktmäßig erteilen und den städtischen Krankenhäusern die Ausführung überlassen. Eine gemeinsame Strukturplanung darf den kostendeckenden Betrieb der Krankenhäuser nicht in Frage stellen. (...) Die Rechtsform der städtischen Krankenhäuser ist am Ende der notwendigen Klärungsprozesse danach zu entscheiden, wie die notwendigen Maßnahmen am besten erfüllt werden können. In jedem Fall bleiben die städtischen Krankenhäuser in kommunaler Verantwortung.

Umweltpolitik

Analog zu den europaweiten und nationalen Nachhaltigkeitsstrategien entwickelt die Stadt München eine kommunale Nachhaltigkeitsstrategie. An die Stelle der klassischen ressortgebundenen Umweltpolitik tritt eine querschnittsübergreifende Nachhaltigkeitspolitik. Nachhaltigkeit als Grundprinzip politischen und administrativen Handelns wird in alle Referate integriert.

Energie

Um den Atom- und Fremdstrombezug weiter zu reduzieren, wird die Eigenstromerzeugung durch den Ausbau der Kraft-Wärme-Kopplungs-Anlagen den Einsatz regenerativer Energien und durch Energiesparmaßnahmen weiter vorangetrieben. Das beschlossene Versorgungskonzept, die Fernwärme in München auszuweiten, wird durch den Bau einer Gas- und Dampfturbinen-Anlage im Kraftwerk Süd, dezentraler Blockheizkraftwerke und Biomassekraftwerke umgesetzt.

Das Energieeinspar-Förderprogramm und das Erweiterte Klimaschutzprogramm werden in den kommenden Jahren weiter fortgesetzt, vor allem um die dringend nötigen Energieeinsparungen und Wärmedämmmassnahmen sowohl im städtischen wie auch im privaten Gebäudebestand voran zu treiben. (...)

Mobilfunk

Die Koalition wird sich beim Bundesumweltministerium weiterhin dafür einsetzen, dass die Grenzwerte auf Schweizer Niveau gesenkt werden. Bis zum Nachweis der Unbedenklichkeit der derzeit gültigen Grenzwerte bleibt die LH München dabei, dass auf städtischen Grundstücken mit sensibler Nutzung keine Sendeanlagen errichtet werden und auf den übrigen Grundstücken seitens der Mobilfunkbetreiber die Schweizer Vorsorgewerte eingehalten werden müssen.

Naturschutz

Die längst beschlossene Novellierung der Landschaftsschutzgebietsverordnung wird umgesetzt. Innerstädtischer Naturschutz hat in den dicht bebauten städtischen

Gebieten hohe Priorität. Bei der Überplanung der Entwicklungsflächen (Bahnachse, Kasernen) sollen schutzwürdige Bereiche berücksichtigt werden. Falls Ausgleichsflächen nötig werden, sollen diese möglichst vor Ort ausgeglichen werden (Beschluss Öko-konto).

Ausgewiesene FFH-Gebietsflächen werden zu Naturschutzgebieten. Die Renaturierung und Wiederbelebung der Münchner Stadtbäche wird vorangetrieben. Nach dem Vorbild des Isarplanes wird in Zusammenarbeit mit den Anrainergemeinden die Wasserqualität der Würm verbessert (Bade-wasserqualität) und der Würmgrünzug gestärkt. Die in den letzten Jahren vorbildlich begonnen Massnahmen zur Stärkung der Grünzüge wird fortgesetzt.

Verkehr

Vor allem durch eine Erhöhung der Attraktivität des ÖPNV Angebotes sind der Autoverkehr und die damit verbundenen Abgas- und Lärmbelastungen zu reduzieren. Ziel bleibt weiterhin, den Modal Split zugunsten

der Teilnehmer am Umweltverbund zu verbessern, dies gilt auch für Fußgänger. Entlastungen des innerstädtischen Straßennetzes kommen auch der effizienteren Abwicklung des Wirtschaftsverkehrs zu gute.

Die Einführung des 10-Minuten-Taktes bei der vom Freistaat zu verantwortenden S-Bahn hat für das Bündnis absolute Priorität. Der Freistaat muss die zweite Stammstrecke der S-Bahn schnellstmöglich vorantreiben, um die Stammstrecke zu entlasten und das gesamte S-

Bahn Netz zu stabilisieren. Die begonnenen U-Bahn-Strecken U1 und U3 werden fertiggestellt. Die U5 nach Pasing wird unter der Voraussetzung gebaut, dass sie wie üblich aus GVFG-Mitteln bezuschusst und die Realisierung der zweiten S-Bahn Stammstrecke nicht in Frage gestellt wird. Eine städtische Vorfinanzierung erfolgt nicht. Die Tram 19 wird zum Pasinger Bahnhof geführt und bleibt erhalten. Mit neuen Trassen über die Stadtgrenze hinaus besteht Einverständnis, wenn diese die Stadt bei Investitionen und im Betrieb nicht finanziell belasten. Weitere U-Bahn-Verlängerungen im Stadtgebiet werden nur dann realisiert, wenn sie leistungsfähig sind, verkehrlich gegenüber anderen ÖV-Verkehrsmitteln deutlich Vorteile haben, sowie wirtschaftlich vernünftig sind, d.h. bei der standardisierten Bewertung deutlich über 1,0 liegen und Zuschüsse gesichert sind. Zur Komplettierung des ÖV-Systems und für die Erschließung verdichteter Baugebiete wird das Straßenbahnnetz ausgebaut, vorrangig die Straßenbahn zur Anbindung der Parkstadt Schwabing und zur Verkehrserschließung der Kasernenareale im Norden. Weitere Vorhaben sind die Nord- und Westtangente, Verlängerung der Ostlinie und die Anbindung der Blumenau.



Glückwunsch zur Wiederwahl: Fraktionschef Sigi Benker gratuliert Bürgermeister Hep Monatzeder.

Die Stadt-Umland-Bahn wird in Abstimmung mit den Umlandgemeinden weiter vorangetrieben. Die direkte Anbindung des Fröttmaninger Stadions über den DB-Nordring soll in diesem Zusammenhang mit untersucht werden.

Über den von der Münchner Bürgerschaft beschlossenen Ausbau des Mittleren Rings hinaus, wird das Handlungsprogramm zum Schutz der Anwohner weiterer Ring-Abschnitte und der Zufahrtsstraßen umgesetzt. Wir werden den Mittleren Ring, wie im Bürgerentscheid beschlossen, entsprechend den zugesagten Zuschüßleistungen des Freistaates Bayern mit zwei weiteren Tunnelbauwerken am Richard-Strauß-Ring und am Luise-Kieselbach-Platz ausstatten.(...)

Der sechsspürige Ausbau des Isar-rings wird wegen des Eingriffs in den Englischen Garten und die Isarauen abgelehnt. Ebenso die Johanneskirchner Spange, da damit eine weitere Einfallstraße in das Stadtgebiet entstehen würde.

Für die von der Regierung von Oberbayern geforderte Nord-Ost-Verbindung zur Erschließung der Messestadt wird eine Lösung mit den Umlandgemeinden gesucht, um eine Parallelanbindung zu vermeiden. Es wird eine Variante angestrebt, die die gerings-

ten ökologischen Eingriffe verursacht und für die städtische Wohnbevölkerung verträglich ist. Eine Süd-Anbindung der Messe durch den neuen Landschaftspark wird abgelehnt.

Eine Verlängerung der Ständlerstraße und ein Durchstich zur Friedenspromenade werden abgelehnt.

Über die Südanbindung Perlach wird nach Vorlage des Verkehrskonzeptes für den Münchner Osten gemeinsam entschieden. Die Verkehrserschließung des Kerngebietes Neuperlach Süd, der ausgewiesenen Gewerbegebiete und der künftig erweiterten P&R - Anlage Neuperlach Süd muss gesichert sein. Die Erschließungs- und Entlastungsqualität der z. Zt. im Teilausbau befindlichen ST 2078 (Ortsumgehung Ottobrunn) wird in der Entscheidung berücksichtigt.

Eine Schließung des Autobahnringes im Münchner Süden kommt aus ökologischen Gründen nicht in Betracht. Er wird von den Umlandgemeinden abgelehnt und würde für die Münchner Bevölkerung wichtige Naherholungsgebiete zerstören. (...)

Die Partner streben eine deutliche Erhöhung des Radverkehrs am Gesamtverkehrsaufkommen an. Dazu gehören in erster Linie die rasche Umsetzung des Verkehrsentwicklungsplanes Radverkehr (...), die Verbesserung der Radverkehrsstandards, die Öffnung dafür geeigneter Einbahnstraßen für Radfahrer, der weitere Ausbau von Bike&Ride – Anlagen an ÖV-Knoten und die vorrangige Sanierung von benutzungspflichtigen Radwegen. (...)

Transrapid

Die Koalition bekräftigt den Stadtratsbeschluss vom 20.02.02 und lehnt den Bau einer Magnetschwebbahn zwischen München Hauptbahnhof und Flughafen ab. Neben den stadtgestalterischen, ökologischen und verkehrspolitischen Gründen im Nahbereich vertritt das Bündnis die Auffassung, dass auf absehbare Zeit eine Finanzierung des Transrapid aus Bundesmitteln nicht möglich ist. Eine Finanzierung aus Landesmitteln müsste zu Lasten des dringend erforderlichen und längst überfälligen S-Bahn Ausbaus gehen und kommt für das Bündnis nicht in Frage. Statt dessen wird der Bau einer Express-S-Bahn zum Flughafen gefordert.

Sicherheit

(...) Das Bündnis wird auch in Zukunft durch erfolgreiche Wirtschaftspolitik, umfassende Sozialpolitik, präventive Jugendarbeit, konsequentes Eintreten für öffentliche Sicherheit und Ordnung und enge und vertrauensvolle Zusammenarbeit mit der Münchner Polizei alles in seinen Kräften stehende tun, um den hohen Sicherheitsstandard zu halten, in kritischen Bereichen noch zu steigern und Defizite zu überwinden. (...)

Ein kommunaler Ordnungsdienst, der eine Hilfspolizei mit geringeren Befugnissen darstellen würde, wird abgelehnt. (...) Vielmehr ist es Aufgabe des Freistaates seine Polizei ausreichend zu dotieren, um alle ihre ureigensten Aufgaben selber erfüllen zu können. (...) Auch die Erfahrungen mit ehrenamtlichen Sicherheitswachen sind ernüchternd, schon weil es an geeigneten Interessenten fehlt. Das Bündnis setzt hingegen auf das bewährte und auch von der Polizei selber bevorzugte Münchner System der runden Tische (unter Einbeziehung der Polizei, der Strafverfolgungsbehörden, der Jugend- und Sozialarbeit, sowie der Schulen) und eine bessere Ausstattung des städtischen Außendienstes, der schrittweise Aufgaben eines Frühwarnsystems und eines mobilen Bürgerservices übernehmen kann.

Gleichstellungspolitik

Die Bündnispartner setzen sich dafür ein, dass Frauen gleichberechtigte Zugangschancen auf allen Ebenen der Arbeitswelt erhalten und die Landeshauptstadt München als Arbeitgeberin eine besondere Vorbildfunktion einnimmt. Teilzeitmodelle auch in Führungspositionen werden ausgebaut. (...) Der "Gender-Mainstreaming" – Ansatz wird bei allen Maßnahmen und Projekten der Stadt angewandt. Dieser verlangt, dass bereits bestehende bzw. geplante Maßnahmen und Regelungen auf ihre Auswirkungen auf Frauen und Männer überprüft werden, um mögliche Benachteiligungen zu erkennen und entsprechende Gegenmaßnahmen einzuleiten.

Kultur

(...) Die Zukunft des Volkstheaters in seinem sanierungsbedürftigen Gebäude ist zu klären, das Deutsche Theater weist ebenso wie das Stadtmuseum, das Lenbachhaus und sogar schon der Gasteig einen enormen Sanierungsaufwand auf. Die Partner stimmen darüber ein, dass alle diese Aufgaben die Finanzkraft der Stadt übersteigen und nicht zeitgleich gemeistert werden können. Nach vollständiger Untersuchung des baulichen Zustands, der Nutzungsmöglichkeiten und der Gesamtkosten werden die erforderlichen Beschlüsse zur Finanzierung einvernehmlich gefasst werden. Dabei ist auch zu prüfen, welche Aufgaben unverzichtbar von der Stadt geleistet werden müssen und welche auch von Privaten erfüllt werden können.

Zu den bedeutenden Vorhaben dieser Amtsperiode gehört die Schaffung eines städtischen Jüdischen Museums auf dem Jakobsplatz neben dem Jüdischen Zentrum. Mit diesem Zentrum erhalten Münchens Juden endlich wieder eine Heimat im Herzen der Stadt, außerdem wird eine hässliche Kriegslücke geschlossen.

Gemeinsam mit dem Freistaat und möglichst auch dem Bund soll ein Forschungs- und Dokumentationszentrum zur Rolle Münchens im Nationalsozialismus errichtet und betrieben werden. Die Stadt strebt für den Betrieb eine gemeinsame Finanzierung wie beim Dokumentationszentrum Nürnberg an und wird die Öffentlichkeit am Diskussionsprozess beteiligen. (...)

Zu den großen inhaltlichen Aufgaben städtischer Kulturpolitik gehört die Förderung der Medienkunst und die kritische Auseinandersetzung mit den Medien und ihren Wirkungsweisen. Die Kunst im öffentlichen Raum soll - wie in der vergangenen Amtsperiode beschlossen - einen größeren Stellenwert erhalten, die "Bespielung" des öffentlichen Raums soll ausgeweitet werden. Für die Freie Szene sind Freiräume zu sichern oder zu schaffen, wie es zugunsten der Hallenkultur wiederholt praktiziert wurde und im Münchner Norden zugunsten der Künstlerkolonie an der Domagkstraße exemplarisch versucht wird. In Fröttmaning soll ein Kunstpark Nord mit einem ge-

sicherten Anteil von Ateliers, Künstlerwerkstätten und Szenekultur entstehen.

Einwanderer

(...) Auch nach über 40 Jahren Zuwanderung, sei es aus Gründen der Arbeitssuche oder der Flucht, sind Migrantinnen und Migranten noch immer in vielen Bereichen diskriminiert. Die Benachteiligungen von heute, insbesondere in den Bereichen Bildung, Einkommen und Wohnen, führen zu den sozialen Spannungen von morgen.

(...) Das Zuwanderungsgesetz sowie die Änderungen der einschlägigen Gesetze auf Landesebene haben u. a. zum Ziel, den Kommunen verstärkt die Leistungen für Integration und Zuwanderung zu überantworten. Um den neuen Aufgaben gerecht zu werden muss das Flüchtlingsamt umstrukturiert werden. (...) Weitere wichtige Bereiche sind: die Sicherstellung qualifizierter Sprach- und Orientierungskurse für Migrantinnen und Migranten, die Fortführung des bundesweit beachteten "Münchener Modells" zur Betreuung von Flüchtlingen und die stärkere Förderung von Migrantenkinder und -jugendlichen im Bildungsbereich u. a. durch mehrsprachige Kindergärten und professionelle Sprachförderung im Vorschulalter sowie in den Schulen.

Eine Welt

Mit dem Aufbau der Städtepartnerschaft mit Harare sowie durch die Beteiligung der Stadt München am Klimabündnis, der Selbstverpflichtung den lokalen Agenda 21-Prozess voranzutreiben sowie dem Aufbau des Eine-Welt-Hauses ist München wichtige Verpflichtungen eingegangen, denen auch in Zukunft nachgegangen wird.

Die Pluralität der Meinungen und der Dialog der Kulturen muss in diesen Einrichtungen auch weiterhin gewährleistet sein. Der lokale Agenda 21-Prozess wird vorangetrieben.

Lesben und Schwule

Die Bündnispartner bekennen sich zur toleranten und solidarischen Stadtgesellschaft. Deshalb setzten sie sich ausdrücklich dafür ein, die Diskriminierung von Lesben und Schwulen abzubauen und anti-homosexuelle Gewalt zu verhindern. Dazu bedarf es einer verstärkten Aufklärungsarbeit um die Lebenswirklichkeit von Lesben und Schwulen als positive Alternative darzustellen und der Förderung von Anti-Gewalt-Projekten. Die Förderung der Lesben und Schwulenprojekte wird fortgeführt. Die Eingetragene Partnerschaft für gleichgeschlechtliche Paare wird unterstützt und gefördert.

Finanzen

Nach der Vorlage des Stadtkämmerers sind dazu bereits beschlossene Einsparungen im Verwaltungshaushalt im Finanzplanzeitraum 2002-2008 zwingend erforderlich. Die Bündnispartner verpflichten sich zu strikter Haushaltsdisziplin. Sämtliche finanzrelevanten Beschlüsse werden einvernehmlich gefasst.

Das Bündnis verfolgt nachdrücklich das Ziel, den Gesetzgeber dazu zu bringen, Schlupflöcher insbesondere für international agierende Großkonzerne im Hinblick auf die Gewerbesteuerpflicht zu schließen. Die Erhöhung der Gewerbesteuerumlage zu Lasten der Städte muss rückgängig gemacht werden. Die Reform der Kommunalfinanzien muss zu einer Verbesserung und Stabilisierung der Einnahmesituation führen. (...)

Die Stadt wird sich weiter mit allen rechtlichen Mitteln gegen die finanzielle Benachteiligung der Landeshauptstadt durch den Freistaat wehren. Die Forderung nach vollem Kostenersatz vor allem im Schulbereich wird weiter erhoben. Darüber hinaus wird der Freistaat aufgefordert, seine finanzielle Verantwortung bei der Kinderbetreuung (Kinderkrippen, Kindergärten, Horte) endlich stärker wahr zu nehmen.

Der gesamte Text kann von unserer Homepage www.gruene-muenchen-stadtrat.de heruntergeladen werden.

MADE BY KINDERHAND

MÜNCHEN GEGEN AUSBEUTERISCHE KINDERARBEIT

Ende Februar fiel der Startschuss für eine Kampagne gegen ausbeuterische Kinderarbeit, die in München bis zum Herbst des Jahres laufen wird.

Träger der Kampagne „made by kinderhand“, an der viele Münchner Organisationen mitarbeiten, sind das Münchner Nord-Süd-Forum, die Agenda-Koordination Eine Welt und die

Menschenrechtsorganisation terre des hommes.

Der Schirmherr der Kampagne, Fußball-Star Giovane Elber, erinnerte sich, wie er selbst schon mit sieben Jahren auf einer Orangenplantage arbeiten musste, um zum Unterhalt der Familie beizutragen. Heute engagiert sich Elber aktiv gegen Kinderarbeit und fördert Schulprojekte in seiner Heimat: „Nur wenn die Kinder zur Schule gehen anstatt arbeiten zu müssen, wird Brasilien die Armut so vieler Men-

schen überwinden können.“

Kinderarbeit ist sicherlich eines der übelsten Symptome dafür, dass es nicht nur Globalisierungsgewinner gibt. Denn Ursache dafür, dass weltweit bis zu 250 Millionen Kinder unter 14 Jahren (dies sind 20-30% aller Kinder) einer regelmäßigen Arbeit nachgehen müssen, ist die Armut in den Familien, aber auch der immer größer werdende Druck auf Produzenten, ihre Ware möglichst preisgünstig herzustellen. Internationale Maßnahmen haben das

Problem bisher nicht eindämmen können. So gibt es bereits seit 1973 eine Konvention der Internationalen Arbeitsorganisation ILO, die das Mindestalter für Beschäftigung regelt, und entsprechende nationale Gesetzgebungen in fast allen Ländern dieser Welt. Die Kinderrechtskonvention von 1989 schreibt das Recht des Kindes fest, vor wirtschaftlicher Ausbeutung geschützt und nicht zu Arbeiten herangezogen zu werden, die die körperliche, geistige, seelische, sittliche oder soziale Entwicklung schädigen können. Dennoch sind arbeitende Kinder auch heute noch zum Teil erheblichen gesundheitlichen Gefährdungen ausgesetzt, wie z.B. im Bergbau oder im Umgang mit Chemikalien. Dann erreichen sie das Erwachsenenalter oft überhaupt nicht oder nur mit dauerhaften körperlichen Schäden. Die Arbeitszeiten und die sonstigen Umstände lassen in der Regel einen Schulbesuch nicht zu. Auch Sklaverei, Kindersoldaten oder Kinderprostitution sind leider nach wie vor weit verbreitet.

Sofortige Abschaffung? Leider unrealistisch

Die neue Diskussion in der ILO hat nun einen weit realistischeren Ansatz. Sie berücksichtigt, dass die sofortige Abschaffung jeglicher Kinderarbeit unrealistisch ist - die fehlenden Einnahmen der Kinder würden die Familien noch mehr in die Armut treiben. Gefordert wird nun, dass die unerträglichsten Formen der Kinderarbeit sofort abgeschafft werden müssen, danach sollen präventive Maßnahmen wie Ausbildung und Erziehung parallel zu einer weiteren schrittweisen Abschaffung der Kinderarbeit ergriffen werden. Diese sofort abzuschaffenden Formen sind nach Artikel 3 der ILO-Konvention 182:

- a) alle Formen der Sklaverei und Sklaverei-ähnlicher Praktiken (Kinderhandel, Schuldknechtschaft, Leibeigenschaft, Zwangsarbeit, Zwangsrekrutierung)
- b) Heranziehung zur Prostitution, Herstellung von Pornografie und pornografischen Darbietungen
- c) Heranziehung zu unerlaubten Tätigkeiten, insbesondere Drogen und Drogenhandel,

d) Arbeit, die ihrer Natur nach oder aufgrund der Umstände, unter denen sie verrichtet wird, voraussichtlich für Gesundheit, Sicherheit oder die Sittlichkeit von Kindern schädlich ist.

Doch die Aktivitäten auf der politischen Ebene allein reichen - wie die Vergangenheit zeigt - nicht aus, um das Problem effektiv zu bekämpfen. Auch die Verbraucher - bei denen die Waren „made by kinderhand“ schließlich landen - sind gefordert, die Produktionsbedingungen zu hinterfragen und eindeutig klarzustellen, dass sie keine Kinder für sich leiden lassen wollen.



Hep Monatzeder mit Giovane Elber, der schon mit sieben Jahren zum Orangenpflücken geschickt wurde.

Hier kommt auch die Stadtverwaltung München als Großverbraucher ins Spiel. Denn die „Konferenz der Vereinten Nationen für Umwelt und Entwicklung“ (1992) in Rio de Janeiro fordert in der AGENDA 21 insbesondere die Kommunen auf, sich für eine weltweite nachhaltige Entwicklung einzusetzen und auf kommunaler Ebene entsprechende Maßnahmen zu ergreifen. Der von mir koordinierte Arbeitskreis der städtischen Agenda-Beauftragten, der für die Umsetzung nachhaltiger Entwicklung in der Stadtverwaltung verantwortlich ist, hat daher einen Vorschlag erarbeitet, wie die Landeshauptstadt München gegen ausbeuterische Kinderarbeit vorgehen kann.

Grundgedanke ist, bei allen Einkäufen der Landeshauptstadt künftig darauf zu achten, dass die Waren nicht mittels ausbeuterischer Kinderarbeit (im Sinne der oben genannten ILO-Konvention) hergestellt wurden. Das

hört sich leichter an, als es ist: schließlich sieht man einem Produkt nicht an, unter welchen Arbeitsbedingungen es hergestellt wurde. Und obwohl sich auch große Konzerne immer mehr mit der Problematik beschäftigen und nach Lösungsansätzen suchen, gibt es bisher kaum unabhängige Zertifizierungen für Waren ohne Kinderarbeit und oftmals wenig Überblick über die weit verzweigten Handelswege.

Städtischer Verhaltenskodex

Der Münchner Ansatz geht daher davon aus, von Kinderarbeit betroffene Produkte künftig nur noch bei solchen Unternehmen zu beziehen, die sich aktiv für einen Ausstieg aus der ausbeuterischen Kinderarbeit einsetzen. Es ist vorgesehen, dass die Unternehmen der Stadt dies durch die Unterzeichnung eines Verhaltenskodex, Sozialstandards oder einer sonstigen Selbstverpflichtung zusichern - Stichproben- und Kontrollen mit Hilfe internationaler Menschenrechtsorganisationen nicht ausgeschlossen. Die Stadt will damit engagierte Firmen unterstützen und solche, die sich bisher noch nicht für die Produktionsbedingungen ihrer Waren interessieren, zu Taten anregen.

Eine entsprechende Regelung im Vergabeverfahren wäre ein absolutes Novum für deutsche Kommunen. Daher müssen die rechtlichen Fragen und die konkrete Vorgehensweise ausführlich in der Verwaltung diskutiert werden, bevor der Vorschlag im Stadtrat eingebracht wird..

Es ist zu hoffen, dass das Beispiel Münchens viele Nachahmer bei anderen Großverbrauchern finden wird. Insbesondere diejenigen, die nicht an öffentliche Wettbewerbsbestimmungen gebunden sind, werden sich dabei leichter tun als eine öffentliche Kommune. Die Kampagne „made by kinderhand“ hat sich unter anderem auch zum Ziel gesetzt, diese Idee zu transportieren und möglichst viele Initiativen und Aktivitäten gegen ausbeuterische Kinderarbeit anzustoßen.

Hep Monatzeder



Grenzenloser Jubel!

18 Jahre im Stadtrat, davon 12 als Bürgermeisterin - da sieht man freudig seinem Abschied entgegen. Neben salbungsvollen Lobreden darf man sich auch auf ein offizielles Abschiedsgeschenk der Stadt freuen. Und siehe da - ein Schäffler! Aus echtem Nymphenburger Porzellan! War das ein Jubel!

Schönen Gruß ans Protokoll der Stadt: Sabine Csampai, deren Vorliebe für zeitgenössische Kunst hinreichend bekannt ist, zum Abschied eine Nippesfigur zu überreichen - das ist eine echt blöde Idee. Was der Ude wohl kriegt, wenn er mal aufhört? Wie wär's mit einer Gesamtausgabe von Konsalik?

GRÜNE ANLAUFSTELLEN:

Stadtratsfraktion

Bündnis 90/Die Grünen - rosa liste

Tel.: (089) 233 92 620

Fax: 089 290 41 05

presse@gruene-muenchen-stadtrat.de

www.gruene-muenchen-stadtrat.de

Fraktionsvorsitzende:

Siegfried Benker

Sabine Krieger

Grünes Stadtbüro:

(täglich von 15-18 Uhr)

Sendlingerstr. 47, 80331 München

Tel.: 201 44 88

Fax: 202 18 14

stadtbuero@gruene.m.uunet.de

www.gruenemuenchen.de

Mitarbeiterinnen:

Annette Louis

Liane Rohen

Petra Tuttas

Stadtvorsitzende:

Anja Berger

Dr. Florian Roth

Büro 3. Bürgermeister

Hep Monatzeder

Tel. 233 92 482

Büroleitung:

Stefan Scholer

www.hep-monatzeder.de

Grüne Jugend München:

Dieter Janecek

Tel.: 089-21159720

dieter@gjm.de

Anna Hörlein

anna@gjm.de

www.gjm.de

Termine:

Mo., 24.6., 19 Uhr, Stadtversammlung, Themen: BT-Wahlkampf, Satzungsänderungen. Zunfthaus, Thalkirchnerstr. 76

Wahlkampf:

Mi. 5. Juni, 11 Uhr, Marienplatz: Wahlkampfauftakt mit **Claudia Roth, Jerzy Montag und Margarete Bause** am Marienplatz,

Do. 4. Juli: Der Nahost-Konflikt, mit **Jerzy Montag, Prof. Gudrun Krämer** (Uni Berlin) und **Prof. Michael Brenner** (Uni München).

Mi. 17. Juli: **Cem Özdemir, Jerzy Montag und Christoph Moosbauer.**

Mo. 22. Juli: **Rezzo Schlauch**

Do. 12. September: **Daniel Cohn-Bendit.**

Sa. 14.9.: **Renate Künast**

Für diese Veranstaltungen stand bei Redaktionsschluss der Ort und die geauue Zeit noch nicht fest. Bitte im Stadtbüro fragen.

Mi. 18.9., Marienplatz: Große Abschlusskundgebung mit Joschka Fischer, Jürgen Trittin, Renate Künast, Claudia Roth, Fritz Kuhn, Kerstin Müller, Rezzo Schlauch.

Impressum

Inhaber und Verleger:
Stadtratsfraktion
Bündnis 90/Die Grünen-
rosa liste
Marienplatz 8
80331 München

Redaktion:

Markus Viellvoye (verantwortl.) Stefan Scholer, Alexandra Weiß, Tassia Fouki, Sabine Beck.
Die Zeitung ist für Mitglieder der Münchner Grünen kostenlos.
Der Bezug im Jahresabo kostet derzeit 18 DM, Einzelpreis 3 DM.

Druck:

Ulenspiegel Druck und Verlag
Besengafß 4
82346 Andechs

Konzeption: Bernd Haak
Tietello: Barbara Rueff